

Veröffentlichungen des Osteuropa-Institutes München
Reihe: Geschichte

Herausgeber: Edgar Hösch und Hermann Beyer-Thoma

Band 66

2000

Harrassowitz Verlag · Wiesbaden

Bayern und Osteuropa

Aus der Geschichte der Beziehungen Bayerns,
Frankens und Schwabens mit Rußland,
der Ukraine und Weißrußland

Herausgegeben von Hermann Beyer-Thoma

2000

Harrassowitz Verlag · Wiesbaden

Abkürzungsverzeichnis

- VSV Nationalarchiv, Helsinki: Amt des Staatssekretärs (*Valtiosihteerinvirasto*): Einbürgerungsgesuche
STO Nationalarchiv Helsinki: Wirtschaftsdepartement des Senats (*Senaatin talousosasto*): Einbürgerungsgesuche

Literaturverzeichnis

- VUORELA Finlandia Catholica
GROTFELT Joroinen
HIRN Viipuri – kansainvälinen kaupunki
MÄKINEN/ORLO Suomen panimomestariyhdistys
MÄRTENSSON Sinebrychoffin panimo
MÖLLER Kokkolan kaupungin historia
NUMMELA Kuopion historia
RUUTH Viborgs stads historia
SIRÉN Loviisan kaupungin historia
SIRÉN Pernå sockens historia
SOINI Vieraanvaraisuus ammattina
TOMMILA Jyväskylän kaupungin historia
KALEVI VUORELA Finlandia Catholica. Helsinki 1989.
N. KARL GROTFELT Joroinen. Band 1. Varkaus 1931.
SVEN HIRN Viipuri – kansainvälinen kaupunki. Jyväskylä 1988.
VEIJO MÄKINEN / BORIS ORLO Suomen panimomestariyhdistys – historiikki 1974–1994 ja jäsenmatrikkeli, Helsinki 1994.
GUNNAR MÄRTENSSON Sinebrychoffin panimo 1819–1969. Helsinki 1969.
SYLVI MÖLLER Kokkolan kaupungin historia 3. Porvoo 1970.
ILKKA NUMMELA Kuopion historia. Band 3. Kuopio 1989.
J.W. RUUTH Viborgs stads historia 2. Helsingfors 1906.
OLLE SIRÉN Loviisan kaupungin historia 1745–1995, Lovisa 1995.
OLLE SIRÉN Pernå sockens historia. Band 3,2. Lovisa 1996.
YRJÖ SOINI Vieraanvaraisuus ammattina. Band 1–2. Keuruu 1963.
PÄIVIÖ TOMMILA Jyväskylän kaupungin historia. Band 1–2. Jyväskylä 1970–1972.

KATRIN BOECKH

Bayern, Rußland und der Balkan: Die Berichte der bayerischen Gesandten in Sankt Petersburg während der Balkankrise 1912/13

Mit dem Eintritt in das Deutsche Reich 1871 behielt Bayern – wie auch die anderen deutschen Einzelstaaten – gemäß der Verfassung des Reiches weiterhin das Gesandtschaftsrecht, also das Recht, fremde Gesandte zu empfangen und eigene diplomatische Vertretungen im Ausland zu unterhalten. Nachdem diese aber nur mehr wirken konnten als „Vertretungen mit beschränktem Aufgabenkreis in Anlehnung an die Botschaften des Deutschen Reiches, neben denen sie ein eigenes Tätigkeitsfeld auf dem Gebiet der auswärtigen Politik nicht hatten und nicht haben konnten“¹ und ihre Aufrechterhaltung zudem mit einigem finanziellen Aufwand verbunden war, reduzierten die meisten deutschen Staaten ihren diplomatischen Dienst allmählich. Am Vorabend des Ersten Weltkrieges waren insgesamt nur mehr acht Repräsentanten deutscher Einzelstaaten im Ausland eingesetzt, von denen die Mehrheit – sechs – Bayern vertraten, nämlich in Wien, Paris, Rom, im Vatikan, in Bern sowie in Petersburg. Umgekehrt war das diplomatische Korps in München noch beträchtlich, wo unter anderen Italien, Österreich-Ungarn, der Vatikan, das Russische Reich, Frankreich sowie Großbritannien vertreten waren.²

Die bayerische Auslandsvertretung in der russischen Hauptstadt bestand offiziell bis zum Jahr 1919, bereits während des Weltkrieges aber befanden sich die Diplomaten nicht mehr in Sankt Petersburg. Zu den letzten Berichten, die von ihnen nach München gesandt wurden, gehörten die Beobachtungen der unmittelbaren Vorkriegszeit, einer kurzen Zeitspanne internationaler Krisen, die schließlich in den Weltkrieg mündete. Einen Schwerpunkt bildete hier die „Balkankrise“, ausgelöst durch die 1912/13 von den Balkanstaaten geführten „Balkankriege“ gegen die Türkei. Durch die Gebietsverluste der Pforte drohte eine Verschiebung des Kräftegleichgewichts der europäischen Großmächte in Südosteuropa. Insbesondere die zwischen Österreich-Ungarn und Rußland ausgetragenen Spannungen hätten eine militärische Auseinandersetzung auf europäischer Ebene herbeiführen können.³ In die Kriegshandlungen – der erste Balkankrieg wurde zwischen

1 Bayerische Dokumente, S. 105.

2 BENZ Bayerische Auslandsbeziehungen, S. 962–964.

3 Zur russischen Südosteuropapolitik vor dem Ersten Weltkrieg vgl. PISAREV Velikie deržavy; ROSSOS Rusija i Balkan; BOECKH Rußland und die Balkanstaaten, S. 287–310. Zu den Balkankriegen allgemein: HELMREICH The Diplomacy; MARKOV Bălgarija v balkanskija sâjuz; Prvi balkanski rat; RATKOVIĆ Prvi balkanski rat 1912–1913; KATSIADAKIS Greece and the Balkan Imbroglio; BOECKH Von den Balkankriegen. Außerdem sei verwiesen auf die Akten-

Serbien, Griechenland, Bulgarien und Montenegro einerseits und der Türkei andererseits (Oktober 1912 bis Mai 1913) geführt, der zweite Balkankrieg zwischen der Türkei, Serbien, Griechenland, Montenegro und Rumänien einerseits sowie Bulgarien andererseits (Juni bis Juli 1913) – griffen die Großmächte nicht ein. Allerdings entfalteten sie auf diplomatischer Ebene rege Gespräche und beriefen zur Konfliktberatung eine Botschafterkonferenz in London ein, auf der die Gebietsveränderungen und ihre Folgen diskutiert wurden.

Die bayerische Darstellung der diplomatischen Vorgänge der Jahre 1912/13 kann deshalb von Interesse sein, da sie eine relativ neutrale Sichtweise liefert. Die offizielle Position Bayerns lag, ohne daß dies von München in den geringsten Zweifel gezogen wurde, am Vorabend des Weltkrieges auf der Seite Deutschlands und von dessen Verbündetem, der Donaumonarchie.⁴ Weder Prinzregent Luitpold (1886–1912) noch sein Sohn und Nachfolger, König Ludwig III. (1912–1918), beteiligten sich direkt am Kriegsgeschehen auf dem Balkan und an den während dieser Zeit laufenden diplomatischen Verhandlungen der Großmächte. Allerdings befanden sich einige Bayern während der Balkankriege als Freiwillige in der türkischen Armee. Namentlich bekannt sind Major a.D. von Lossow, im türkischen Generalstab Oberstleutnant und als Militärlehrer an der Kriegsakademie in Konstantinopel eingesetzt. Bei Ausbruch des Ersten Balkankrieges 1912 wurde er auf eigenes Gesuch aus dem bayerischen Heer und Staatsverband entlassen. Im Ersten Balkankrieg kämpfte er unter anderem in der Schlacht von Lüle Burgas in Ostthrakien (29.–31. Oktober 1912; die türkischen Truppen verloren hier). Major Lehmann wurde als artilleristischer Beirat an die Çatalca-Stellung, die letzte Verteidigungslinie vor Konstantinopel, beordert. Oberst Veit nahm als Kommandeur eines Kavallerieregiments an den Schlachten von Kirkkilisse/Lozengrad (22.–24. Oktober 1912) und Lüle Burgas teil. Besonders lobend fiel das Urteil der türkischen Armeeleitung über Herrn von Hochwächter aus sowie über den jungen Graf Preysing, der sich durch Patrouillenritte hervortat.⁵

Bayern hatte sich wie in allen anderen außenpolitischen Vorgängen auch in der Balkankrise auf die Rolle des Beobachters zu beschränken. Um sich in einer Zeit, die noch weitgehend ohne die modernen Kommunikationsmittel auskommen mußte, von der Situation ein Bild aus erster Hand zu machen, war man auf die Verlässlichkeit der Berichte der Diplomaten vor Ort angewiesen, die oftmals einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf die Politik ihrer Regierungen ausübten. In der fraglichen Zeit bezog der bayerische Hof seine Informationen aus der russischen Hauptstadt über die Diplomaten Hoffmann und

publikationen der europäischen Mächte zur Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges.

4 Über die Ziele Österreich-Ungarns informiert KOS Die politischen und wirtschaftlichen Interessen.

5 Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn: R 14224: Türkei 203. Balkankrieg (1912–1913). Band 9: Kiderlen-Waechter (deutscher Staatssekretär für Außenpolitik) an den deutschen Kaiser, Berlin, 26. November 1912; Wangenheim (deutscher Botschafter in Konstantinopel) an Auswärtiges Amt, Pera, 22. November 1912.

Freiherr von Grunelius. Über letzteren urteilte ein Kollege, der britische Botschafter in Sankt Petersburg, George W. Buchanan, trocken: „Baron de Grunelius is a dull man who goes a certain amount into society, but plays no rôle either political or social.“⁶

Die folgenden Ausführungen, die die Berichte von Hoffmann und Grunelius vorstellen und interpretieren, werden sicherlich die Ergebnisse der historischen Forschung, die bisher über die Balkankrise und -kriege betrieben wurde, in faktischer Hinsicht nicht grundsätzlich verändern. Allerdings können sie diese bestätigen, ihnen noch größere Authentizität verleihen, vielleicht auch eine andere, zusätzliche Nuance in der Sichtweise herstellen.⁷

Die bayerischen Diplomaten in Rußland mußten bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges nach München zurückkehren.⁸ Am 1. August 1914 übergab Grunelius die Akten der bayerischen Gesandtschaft der deutschen Botschaft in Sankt Petersburg. Wie ihm das russische Außenministerium mitgeteilt hatte, habe er zusammen mit dieser abzureisen; die deutsche Vertretung im Russischen Reich übernahm einstweilen die amerikanische Botschaft. Am selben Tag überreichte der deutsche Botschafter in Petersburg, Graf Pourtalès, die Kriegserklärung an Rußland.⁹ Die laufenden Akten gingen bei der Zerstörung und Plünderung der deutschen Botschaft im August 1914 verloren.¹⁰ Grunelius war der letzte Diplomat Bayerns in Sankt Petersburg; die bayerische Gesandtschaft wurde mit einer Verordnung vom 6. Dezember 1919 aufgehoben.¹¹

Rußland und die Kriegsvorbereitungen auf dem Balkan

Die russische Politik in Südosteuropa hatte 1908, als sie die Annexion Bosnien-Herzegovinas durch Österreich-Ungarn nicht verhindern konnte, einen empfindlichen Schlag erhalten.¹² Zu einer militärischen Intervention war das Russische Reich damals nicht in der Lage gewesen, daher mußte, um weitere Territorialgewinne Österreich-Ungarns auf dem Balkan zu verhindern, in der Folgezeit verstärkt die Diplomatie herangezogen werden. Unter dem Etikett der panslawischen Union wirkte die russische

6 Public Record Office, London: F.O. 371 (Russia, Correspondence), vol. 1467, fol. 157–158, hier fol. 157; Buchanan an Sir Grey, 4. September 1912. Zugänglich in der Bayerischen Staatsbibliothek München unter der Signatur Film R 390–1912 (Nr. 2).

7 Die betreffenden Akten befinden sich im Bayerischen Hauptstaatsarchiv in München (=BayHStA). Einen kurzen Überblick über die dortigen Bestände zur Geschichte des Balkans bietet: BUSLEY Quellen, S. 27–31.

8 Weitere Berichte über den Depeschenwechsel unmittelbar vor Ausbruch des Weltkrieges abgedruckt in: Bayerische Dokumente, S. 138ff.

9 BayHStA, MA III 2797/2, fol. 17 und 32: Telegramm von Grunelius an Bayerisches Ministerium des Äußeren, Sankt Petersburg, 2. August 1914.

10 BENZ Bayerische Auslandsbeziehungen, S. 979–980.

11 BayHStA, MA 102685: Bayerisches Staatsministerium des Äußeren, München, 6. Dezember 1919, gez. Hoffmann.

12 Die Folgen der bosnischen Krise auf das Russische Reich bei: FERENCZI Außenpolitik, S. 244 ff.

Regierung insbesondere auf Serbien und Bulgarien ein, die als Satellitenstaaten die russische Einflusssphäre in Südosteuropa sichern sollten. Dies stärkte jenen wiederum den Rücken in ihren Expansionsplänen, die sich auf die Restmasse des Osmanischen Reiches in Europa (Albanien, Makedonien, Thrakien) konzentrierten, Gebiete, auf die auch Griechenland sein Augenmerk gerichtet hatte. Der unter russischer Initiative 1912 entstandene, auf bilateralen Verträgen basierende Balkanbund zwischen Serbien, Bulgarien, Griechenland und Montenegro¹³ beinhaltete schon von vornherein eine offensive Zielsetzung gegen die Pforte, was Petersburg jedoch bei seiner diplomatischen Initiative, die Balkanstaaten durch eine Allianz zu verbinden, nie beabsichtigt hatte. Es verhielt sich sogar ganz im Gegenteil so, daß eine antitürkische Allianz eine Gefährdung der türkischen Meerengen bedeutete, an deren Stabilität das Russische Reich wegen seines Außenhandels großes Interesse besaß.¹⁴ Rußland verfolgte wie die anderen Großmächte grundsätzlich die Beibehaltung des Status quo auf dem Balkan. Sollte sich dieser im Falle von Gebietsverschiebungen aber verändern, so wollte Petersburg auch für sich daraus Vorteile ziehen.

Ende September 1912 – in den letzten Tagen vor Ausbruch der Kämpfe auf dem Balkan – ging die nach München laufende Berichterstattung zwar davon aus, daß sich der politische Horizont auf dem Balkan unlegbar verdüstert habe, allerdings seien sich die Regierungen in Sofija, Athen, Belgrad und Cetinje im klaren darüber, daß die Großmächte von friedlichen Absichten geleitet würden. Auch die russische Regierung trete für den Frieden in Südosteuropa ein, dennoch sei die Stimmung im russischen Ministerium des Äußeren „äußerst pessimistisch“. ¹⁵ Eine „hochstehende Persönlichkeit“ habe geäußert, daß die erste Oktoberwoche wohl den Krieg auf dem Balkan sehen dürfe. Dies entspreche – so kommentierte Hoffmann – jedoch nicht den Interessen der russischen Regierung, die den Balkanstaaten gegenüber auf diplomatischem Wege ihre „friedlichen Tendenzen“ zum Ausdruck gebracht und betont habe, daß sie keine Verantwortung „im Falle kriegerischer Komplikationen“ übernehme.

Die Vertreter der Balkanstaaten am Zarenhof ließen jedoch keinen Zweifel daran, daß ein Krieg ausbrechen werde. So äußerte sich der bulgarische Gesandte in Sankt Petersburg, General Paprikov, der russischen Presse gegenüber freimütig über den „Ernst der Lage“ auch der serbische Gesandte Popović (1907 bis 1914 in der russischen Hauptstadt eingesetzt), der kurz zuvor aus seiner Heimat zurückgekehrt war, sah „wenig Hoffnung für den Erhalt des Friedens“. In Griechenland sei die Stimmung nicht weniger kriegerisch. Die Türkei zeigte sich ebenfalls nicht willens, die für Albanien und

Makedonien immer wieder eingeforderten Reformen zugunsten der christlichen Untertanen dort einzuleiten. Dieses Beharren der Hohen Pforte stellte bayerischer Einschätzung zufolge einen weiteren Schritt zu einem Kriegsausbruch dar, den nur die „vereinte Staatskunst“ der europäischen Mächte beim Sultan verhindern könne.

Daß der Schlüssel für den Frieden in Südosteuropa nicht nur in Konstantinopel, sondern vielmehr in den Balkanstaaten selbst lag, die sich mit dem festen Ziel eines Krieges gegen die Türkei zum Balkanbund zusammengeschlossen hatten, erfaßte die bayerische Gesandtschaft nur unklar, konnte dies aber wie die übrigen diplomatischen Vertreter auch nicht wissen; der Wortlaut der vor den Kriegen geschlossenen Geheimverträge zwischen Serbien und Bulgarien sowie Griechenland und Bulgarien wurde erst im November 1913 von „Le Matin“ veröffentlicht.¹⁶ In der bayerischen Interpretation war die türkische Untätigkeit ausschlaggebend für die Kriegsvorbereitungen in Sofija, Belgrad, Athen und Cetinje; daß die türkische Haltung den Balkanstaaten jedoch nur einen günstigen Vorwand für die Mobilmachung lieferte, war den bayerischen Diplomaten noch nicht einsichtig.

Den russischen Politikern maß man große Bedeutung für die weitere Entwicklung zu. Nachdem Außenminister Sazonov in London dem bulgarischen Gesandten gegenüber die friedlichen Absichten Petersburgs nachdrücklich betont habe, hätten diese „ersten Vorstellungen“ der russischen Regierung die Kriegsbereitschaft insbesondere in Bulgarien angeblich mindern können.¹⁷ Dies jedenfalls besagte die veröffentlichte Meinung im Russischen Reich.

Auch in der weiteren Vorkriegsspanne, in der die Balkanländer ihre Rüstungen vorantrieben, blieb die russische Regierung in den Augen von Hoffmann neutral,¹⁸ d.h. friedlich gesinnt, wofür auch die Tatsache spreche, daß der russische Ministerpräsident eine Urlaubsreise in den Kaukasus antrat. Die Beziehungen zu Wien seien trotz der Hetzartikel von „Novoe Vremja“ und anderer Blätter weiterhin „die friedlichsten“. Die russischen Zeitungen waren es auch, die den Ausbruch eines Krieges auf dem Balkan für unausweichlich hielten. Genährt würden solche Vermutungen dadurch, daß die im Russischen Reich lebenden Bulgaren und insbesondere die dort studierenden Offiziere durch die bulgarischen Vertretungen den Befehl erhielten, in ihre Heimat zurückzukommen. Einen Krieg auf dem Balkan betrachte die Presse aber als Angelegenheit der betroffenen Staaten und der Türkei. An den russischen Börsen wirkten sich diese Umstände als hitzige Überspekulation aus, was ein Sinken der Kurse nach sich zog. Allerdings war dadurch – so Hoffmann – keine Beeinträchtigung der russischen Wirtschaftsentwicklung zu erwarten, die durch eine gesicherte Auftragslage der Industrie (in erster Linie über Rüstungsvorhaben), durch gute Ernteaussichten sowie über befriedigende Steuereinkünfte für das vorliegende Jahr stabil erschien.

13 Zur Entstehung des Bündnissystems vgl. HELMREICH *The Diplomacy*, S. 36–89.

14 THADEN *Russia*, S. 132. Zur Haltung Rußlands gegenüber dem Balkanbund vor den Balkankriegen und danach vgl. Vostočnyj vopros, S. 345–367; CHVOSTOV *Diplomatija*, S. 734–759. Die Berichte einiger russischer Diplomaten nach Sankt Petersburg sind zusammengestellt bei POPOV *Diplomatičeskaja podgotovka*.

15 BayHStA, MA 2796: Hoffmann an Bayerisches Ministerium des Äußeren, Sankt Petersburg, 26. September 1912.

16 Die balkanischen Geheimverträge, in: *Vossische Zeitung* 603, 1913, S. 2.

17 BayHStA, MA 2796: Hoffmann an Bayerisches Ministerium des Äußeren, Sankt Petersburg, 28. September 1912.

18 BayHStA, MA 2796: Hoffmann an Bayerisches Ministerium des Äußeren, Sankt Petersburg, 3. Oktober 1912.

Anders als in der offiziellen Haltung der Regierung waren in der panslawisch ausgerichteten russischen Öffentlichkeit die Sympathien für die slavischen Brüder auf dem Balkan nicht zu übersehen.¹⁹ Daß der bulgarische Gesandte Paprikov ins militärische Hauptquartier nach Sofija abberufen worden war, stellte nurmehr einen weiteren Anstoß für die aktive Anteilnahme der russischen Bevölkerung dar: Die „Slawische Gesellschaft“ leitete in ganz Rußland Geldsammlungen für die „bedrängten Stammesbrüder“ ein, das russische Rote Kreuz bereitete „hochmoderne“ Sanitätszüge zur Entsendung auf den Balkan vor. Man sprach von einem aus 287 Ärzten und Hilfspersonen bestehenden Stab und von rund 850 Betten, die zur Verfügung gestellt wurden. Das serbische Kloster in Moskau habe die Anwerbung von freiwilligen Soldaten in die Wege geleitet. Auf seine Veranlassung hin begaben sich angeblich auch „verschiedene Flieger mit ihren Aeroplanen“ auf den „voraussichtlichen Kriegsschauplatz“. Tatsächlich waren in der bulgarischen Armee während des Ersten Balkankrieges russische Piloten mit ihren Flugzeugen des Typs „Farman“ sowie zehn russische Techniker eingesetzt.²⁰ Auch in der serbischen und montenegrinischen Armee kämpften russische Freiwillige. Selbst in Moskau lebende Armenier und Georgier sollen – so die Bayern – berittene Freischärler als Hilfstruppen organisiert haben; dies läßt sich auch belegen.²¹ Insgesamt beeinflußten die Vorgänge in Südosteuropa offensichtlich viele Belange des öffentlichen Lebens im Russischen Reich.

Die Haltung der Entente-Staaten Rußland, Frankreich und Großbritannien war in der Vorphase der Balkankriege nicht einheitlich, da Rußland auf dem Balkan wesentlich größere Aspirationen als seine Partner besaß. Zwar vertraten alle drei Verbündeten friedliche Absichten, doch sei seit einem Besuch von Sazonov beim britischen Außenminister in London im September 1912 eine atmosphärische Verschlechterung der russisch-britischen Beziehungen zu bemerken.²² Seit diesem Treffen attackierte die russische Presse den russischen Außenminister heftig. Aus den Zeilen des bayerischen Gesandten geht hervor, daß dieser nicht vehement genug auf die militärische Unterstützung Englands im Falle eines österreichisch-russischen Krieges gedrängt habe, so daß nun Zweifel an der britischen Bündnistreue aufkämen. Hingegen schienen sich – laut Hoffmann – in Rußland die Gefühle für Deutschland in dem Maße langsam zu erwärmen, in welchem die Antipathie gegen England zunehme. Von Deutschland erhoffe man, daß es als Verbündeter der Donaumonarchie auf diese besänftigend einwirke.²³

19 BayHStA, MA 2796: Hoffmann an Bayerisches Ministerium des Äußeren, Sankt Petersburg, 8. Oktober 1912.

20 KIJUMDŽIEV *Diplomatičeska i materialna podkrepa*, S. 45–50.

21 *Armenskata rota*. Zu armenischen Freiwilligen, die während der Balkankriege gegen die Osmanen kämpften, vgl. auch TROTZKI *Die Balkankriege*, S. 277–286.

22 Ein Bericht über die Reise von Sazonov nach London in: *Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis*, Nr. 508.

23 BayHStA, MA 2796: Hoffmann an Bayerisches Ministerium des Äußeren, Sankt Petersburg, 8. Oktober 1912.

Der Kriegsausbruch und die Botschafterkonferenzen von London

Die Entschlossenheit der Balkanstaaten zu einer militärischen Auseinandersetzung konnte von den Großmächten nicht mehr gebremst werden. Am 8. Oktober 1912 erklärte Montenegro der Türkei den Krieg; Griechenland, Serbien und Bulgarien stellten der Pforte am 13. Oktober eine ultimative Note zu, die mit deren Kriegserklärung beantwortet wurde.

Im Russischen Reich machte sich mit dem Ausbruch des Balkankrieges ein immer größerer Gegensatz zwischen der offiziellen Regierungshaltung und der Boulevard- und panslawischen Presse bemerkbar.²⁴ Diese betriebe – so Hoffmann – eine eifrige „Kriegshetze“ gegen Österreich-Ungarn, lasse aber unerwähnt, daß die Beziehungen zwischen Sankt Petersburg und Wien „im besten Einvernehmen“ stünden. Insbesondere Minister Sazonov befand sich im Kreuzfeuer der Kritik. Es wurden sogar Gerüchte über seinen Rücktritt verbreitet. Hoffmann vermutete dahinter einerseits die Absicht, die Börse zu verunsichern, und äußerte andererseits den Verdacht, daß Graf Witte (Finanzminister und Ministerpräsident 1905–1906), der als Nachfolger Sazonovs gehandelt wurde, diese Gerüchte in Umlauf gebracht habe. Der Grund für die Unbeliebtheit von Sazonov wurde darin gesehen, daß er entschlossen gegen ein russisches Eingreifen auf dem Balkan eintrat, wie er auch dem österreichischen Gesandten am Zarenhof, Graf Thurn (1911–1913), übermittelte. Dieser bestätigte, daß auch Wien nicht an einen aktiven Einsatz auf dem Balkan denke, daß man jedoch, sollten die eigenen Interessen berührt werden, am Ende des Krieges Forderungen vorlegen würde. Insgesamt sei, wie Sazonov erklärte, wenn nicht die Vermeidung, so doch die Lokalisierung des Konfliktes gelungen; außerdem hätten die europäischen Mächte eine einmütige Haltung bewahrt; Österreich-Ungarn, die „am meisten interessierte Macht“, hege keine aggressiven Absichten. Mit den Resultaten der diplomatischen Verhandlungen zeigten sich die „höchsten Kreise“ Rußlands „vollkommen zufrieden“. Gegenwärtig sei der Friede zwischen den Mächten als gesichert zu erachten.

Inzwischen drangen die bulgarischen Truppen über Thrakien nach Osten bis an die letzte Verteidigungslinie vor Konstantinopel, die Çatalca-Linie. Die im Süden operierenden Serben, Griechen und Montenegriner setzten sich auf albanischem und makedonischem Gebiet fest. Während der gesamten Zeit der Balkankriege war es allerdings für die Bayern in Sankt Petersburg nur schwer möglich, sich ein genaueres Bild über die militärischen Vorgänge zu verschaffen, da die ihnen von den Kriegsschauplätzen vorliegenden Nachrichten stark voneinander abwichen.

Innenpolitisch verfolgte man, wie die gegen die Donaumonarchie gerichteten journalistischen Hetzkampagnen im Russischen Reich durch das Eintreten der russischen Regierung abflauten. Sie sei gegen „Novoe Vremja“ sogar strafrechtlich vorgegangen. Das Regierungsblatt „Rossija“ bezeichne die Angriffe der Presse gegen Österreich als „verbrecherische Hetze“. Allerdings kamen auch dadurch die nationalistischen

24 BayHStA, MA 2796: Hoffmann an Bayerisches Ministerium des Äußeren, Sankt Petersburg, 17. Oktober 1912.

Äußerungen nicht zum Stillstand, so daß Sazonov der deutschen Botschaft berichtete, er wisse nicht, wie lange er seine eigene politische Linie noch durchsetzen könne. Schwierigkeiten erwuchsen ihm auch dadurch, daß „russische Vertreter im Ausland nicht durchweg in *verba magistri*“ zu schwören schienen. Namentlich galt dies für den russischen Gesandten in Belgrad, Hartwig.²⁵ Dieser hatte in Belgrad eine Art persönliches Regime aufgebaut und nutzte jede Gelegenheit, auch ohne Instruktionen aus Sankt Petersburg, die serbische Regierung zu Aktionen gegen die Donaumonarchie anzustacheln, um dadurch die russische Position auf dem Balkan zu stärken. Allerdings wurde „offiziös“ eine Differenz zwischen seiner und der Sazonovschen Haltung dementiert (in seinen Memoiren machte Sazonov jedoch später keinen Hehl daraus, daß Hartwig in Belgrad die russische Politik auf seine eigene Weise interpretiert habe und daß er dadurch die Aufgabe Sazonovs „aufs äußerste erschwert“ habe).²⁶ In Einschätzung der militärischen Lage urteilte der bayerische Gesandte, daß durch das „gefährliche Treiben Serbiens“, dem ein baldiger Waffenstillstand Einhalt gebieten müsse, immer noch die latente Gefahr eines serbisch-österreichischen Konfliktes bestehe, der einen gefährlichen Rückschlag der russischen Politik herbeiführen könne.

In dieser Zeit war die öffentliche Aufmerksamkeit so sehr auf den Balkan gerichtet, daß andere wichtige außenpolitische Vorgänge allgemein kaum zur Kenntnis genommen wurden. Grunelius erwähnt den Erfolg der russischen Politik in Ostasien durch den Abschluß eines Vertrages, in dem Petersburg de facto die Autonomie der Mongolei anerkannte und sich dort Handelsvorteile sicherte.²⁷

Im Sinne einer Verständigung mit Wien setzte Sazonov große Hoffnungen auf die ab 16. Dezember in London tagende Konferenz der europäischen Großmächte, auf der strittige Fragen im Zusammenhang mit der Änderung des Status quo auf dem Balkan geschlichtet werden sollten, ein Recht, das sich die Großmächte seit dem Berliner Kongreß 1878 vorbehalten hatten. Dazu gehörte die Lösung der albanischen Frage, die deshalb ein Politikum darstellte, weil Wien – im Gegensatz zum Zarenreich – einen unabhängigen Staat Albanien favorisierte, um zu verhindern, daß Serbien – hinter dem der russische Protektor stand – sein Territorium bis an die Adria ausdehnte. Im Vorfeld der Gespräche übermittelte Grunelius konstruktive russische Absichten. Der Zar habe mit dem österreichisch-ungarischen Botschafter Thurn „lange und sehr gnädig“ darüber gesprochen. Thurn habe dem entnommen, daß die russische Regierung auf Serbien einwirken wolle, auf einen Gebietswerb an der albanischen Küste zu verzichten und sich mit dem Zugeständnis eines Ausganges zur Adria zu begnügen. Diese Aussage wurde in diplomatischen Kreisen als bedeutend für die Erhaltung des Friedens begrüßt, ebenso wie der Umstand, daß sich der Zar dem Einfluß „in letzter Zeit sehr scharf gesinnter militärischer Kreise“ entziehe. Für die russische Haltung in der serbisch-österreichischen

Frage habe ein Vortrag des Innenministers Maķarov eine bedeutende Rolle gespielt, der auf „die große Gefahr revolutionärer Bewegungen in Rußland im Fall eines Krieges“ hingewiesen habe. Dies habe wohl auch dazu geführt, daß Hartwig in Belgrad, der die serbischen Aspirationen nachdrücklichst unterstützte, von Sazonov strikte Direktiven bekommen habe. Falls er diese nicht beachte, drohe ihm die Aberufung. Diese Vorgänge hätten in Rußland insgesamt zu einer Beruhigung geführt.²⁸

Das russisch-serbische Verhältnis charakterisierte der russische Außenminister ansonsten nachsichtig. Die großen Opfer wie auch die Erfolge des Krieges erschwerten dem serbischen Volk, „dem es an seiner alten Tradition fehle“, die richtige Beurteilung der Lage. Rußland selbst hätte bisher wiederholt der serbischen Regierung Vorhaltungen gemacht, beispielsweise wegen eines Vorfalles bei der Eroberung von Üsküb/Skopje durch das serbische Heer. Damals habe der serbische Kommandant den dortigen russischen Generalkonsul absetzen wollen mit der Begründung, daß das Gebiet nun unter serbischer Herrschaft stehe, der Russe aber nur über das Exequatur der türkischen Regierung verfüge. Jedoch wollte Sazonov bei der Bildung eines autonomen albanischen Staates, die den serbischen Interessen zuwiderlief, nur das „von alters her albanische Territorium“ als Staatsgebiet befürworten, nicht das Gebiet, „in welchem die Türkei die Albanier als Sturmbock gegen das Slawentum angesiedelt habe“.²⁹

Schließlich einigten sich die Großmächte in London auf die Bildung eines albanischen Staates; am 29. Juli 1913 wurde ein Organisations-Statut erstellt. Den albanischen Grenzverlauf überließ man einer internationalen Kommission. Daß Rußland bei der albanischen Frage letztlich nachgab, trug dazu bei, einen internationalen Konflikt vorläufig zu verhindern. Allerdings schlug es dafür eine wesentliche Erweiterung des serbischen Staatsterritoriums, unter anderem durch den Kosovo, heraus.

Die Skutari-Krise und weitere Konflikte

Im Verlauf der Londoner Botschafterkonferenz, auf die Sazonov besondere Hoffnungen zur Schlichtung des Krieges auf dem Balkan setzte, eröffnete die Frage über die Zugehörigkeit der Stadt Skutari/Shkodër (am Skutari-See, an der Grenze zwischen Montenegro und Albanien) einen neuen Krisenherd, der auch für Konflikte unter den Großmächten sorgte.³⁰ Die Feindseligkeiten um Skutari waren trotz der Friedensverhandlungen der Balkanstaaten nicht eingestellt worden, da Montenegro die von den Türken gehaltene Stadt weiter hartnäckig für sich beanspruchte und die

25 Zur Person Hartwigs vgl. MARCO Hartwig, S. 256–278.

26 SASONOFF Schwere Jahre, S. 96.

27 BayHStA, MA 2796: Hoffmann an Bayerisches Ministerium des Äußeren, Sankt Petersburg, 20. November 1912.

28 BayHStA, MA 2796: Grunelius an Bayerisches Ministerium des Äußeren, Sankt Petersburg, 26. November 1912.

29 BayHStA, MA 2796: Grunelius an Bayerisches Ministerium des Äußeren, Sankt Petersburg, 13. Dezember 1912.

30 Zur Skutari-Krise allgemein: HANTSCH Berchtold, S. 381ff.; BRETTNER-MESSLER Die Balkanpolitik, S. 195–212; Militärische Einzelheiten des montenegrinischen Vorgehens bei: PAVLOVIĆ Opsada Skadra.

Belagerung fortsetzte. Über ihre Zugehörigkeit diskutierten Wien und Petersburg heftig, beide mit Blick auf Serbien, das sich in seiner engen Verbindung zu Montenegro mit Skutari einen wichtigen territorialen Zuwachs und einen Ausgang zur Adria hätte erwarten können. Die in diesem Streit vorgebrachten Argumente waren im Grunde nichts als Vorwände, um die eigenen Interessen durchzusetzen: Österreich-Ungarn teilte der russischen Regierung mit, daß sie die Stadt als wichtigen Bestandteil des projektierten Albaniens betrachte, weil Skutari „die Hauptstadt Albaniens und gewissermaßen das Centrum der albanischen Tradition“ bilde. Hingegen setzte sich Sankt Petersburg dafür ein, Skutari als Kriegsentschädigung an Montenegro zu übergeben. Die Erwerbung eines „Tieflandgebietes“ sei für das kleine Land eine „Lebensfrage“. Als Skutari am 23. April nach langer Belagerung an das montenegrinische Heer übergeben wurde, beobachtete Grunelius den Ausbruch von Begeisterungstürmen der slavischen Volksseele in Sankt Petersburg, die sich in emphatischen Presseartikeln, Straßenkundgebungen und feierlichen Dankgottesdiensten äußerten. Etwas belustigt stellte der Diplomat fest, daß die Zeitungen jedoch eine frühere Falschmeldung über die angeblich heldenhafte Eroberung Skutaris nicht dementierten, da dies nicht in das Programm der panslavischen Blätter passe.

Während Wien nun ein sofortiges Einschreiten der Großmächte gegen Montenegro forderte, kam von russischer Seite keine unverzügliche Stellungnahme. Sazonov hatte zwar die Eigenmächtigkeiten des montenegrinischen Königs Nikola scharf verurteilt, meinte aber, daß das Land auch ohne Waffengewalt zur Aufgabe von Skutari gezwungen werden könne. Angesichts der aufgeheizten Atmosphäre sah Grunelius die russische Regierungsgewalt immer schwächer werden. Dies bewiese auch eine Äußerung Sazonovs, daß er für nichts garantieren könne, „wenn slavisches Blut fließe“.³¹

Trotz der slavischen Stammesgemeinschaft war es die russische Regierung, insbesondere der Zar, der auf Montenegro einwirkte, die von den Großmächten beschlossene Zuweisung Skutaris an Albanien anzunehmen. Grunelius berichtete, daß Nikolaus II. den König von Montenegro in einem „sehr bestimmt gehaltenen Telegramm“ zur Nachgiebigkeit aufgefordert habe. Dafür wolle Rußland eine finanzielle „Schadloshaltung“ für das Land erwirken.³²

Immer wieder war es außerdem Sazonov, dem die Erfolge im auf Entspannung ausgerichteten Kurs der russischen Regierung zugerechnet wurden. Daß dem Minister viel zu verdanken war, muß auch dem Zaren klar geworden sein, denn dieser lehnte „in Gnaden“ ein Rücktrittsgesuch ab, das Sazonov angesichts der kritischen Lage in den vorhergehenden Wochen eingereicht hatte. In seinen Memoiren erklärte Sazonov, daß er damals fest entschlossen gewesen sei, eher seinen Abschied zu nehmen, als „dem Druck von Profit-suchern und Straßenaufläufen nachzugeben“. Insgesamt sei besonders mit der Skutari-

Frage in Rußland „Agitation betrieben“ und „viel Falsches und Künstliches“ diskutiert worden.³³

Die letzte Entscheidung in der Skutari-Frage lag bei Sankt Petersburg, das zwar territoriale Zugeständnisse für seine slavischen Verbündeten Serbien und Montenegro einforderte, aber keinen Krieg mit dem Dreibund riskieren wollte; Wien war zum Krieg gerüstet.³⁴ Die russische Regierung ließ sich nicht von der öffentlichen Meinung irritieren, und es gelang ihr „in letzter Stunde“, Cetinje, das während der Belagerung Skutaris verblichlich auf die militärische Unterstützung Rußlands gehofft hatte, zum Nachgeben zu bewegen. Skutari wurde am 4. Mai 1913 an die Großmächte übergeben und einer internationalen Verwaltung unterstellt. Dennoch rechnete man weiter damit, daß Österreich-Ungarn und Italien eine Aktion in Albanien beginnen würden, was jedoch auf keinen russischen Widerstand stoßen werde, wie diplomatische Kreise in Sankt Petersburg angaben.³⁵

Nach dem Verzicht der Türkei auf Adrianopel/Edirne, der Ende Februar 1913 für sicher galt, rechnete Grunelius mit dem Ende des (Ersten) Balkankrieges. Auch das österreichisch-russische Verhältnis schien auf eine „endgültige friedliche Lösung“ zuzusteuern, nachdem man Übereinkunft in der Zuweisung Skutaris an Albanien erzielt hatte. Außerdem beriet die russische Regierung über einen österreichischen Abrüstungsvorschlag.³⁶

Das russisch-deutsche Verhältnis wurde während der Balkankrieges von bayerischer Seite als relativ unbelastet geschildert. Vor allem der Druck auf die Türkei verband die beiden Großmächte (Berlin verfolgte hier über die Bagdad-Bahn ökonomische Interessen). Die russische Seite äußerte in dieser Hinsicht, daß ihr das Vorgehen deutscherseits sehr „sympathisch“ sei. Als Kaiser Wilhelm II. im Juni 1913 sein 25-jähriges Regierungsjubiläum feierte, fand dies in allen russischen Zeitungen positive Erwähnung; vor allem ein Artikel der offiziellen Zeitung „Rossija“ zeichnete sich – wie die bayerischen Diplomaten berichteten – durch „Wärme und Herzlichkeit“ aus.³⁷ Belastet wurden die Beziehungen aber durch den Rückhalt, den die Donaumonarchie „in ihrem festen Widerstand gegen die russische Prestigepolitik am Balkan“ in Berlin fand.

Dennoch wird auch das Verhältnis zwischen Österreich-Ungarn und dem Zarenreich nicht nur als von Gegensätzen geprägt geschildert. Im Februar 1913 wurde Prinz von Hohenlohe mit einem persönlichen Schreiben des Kaisers Franz Joseph an den Zaren nach Sankt Petersburg geschickt, das den Willen Wiens zur Verständigung mit Rußland dokumentieren sollte.³⁸ Der Kaiser ging darin auf den Wunsch nach Frieden auf dem

31 BayHStA, MA 2797/1: Grunelius an Bayerisches Ministerium des Äußeren, Sankt Petersburg, 2. Mai 1913.

32 BayHStA, MA 2797/1: Grunelius an Bayerisches Ministerium des Äußeren, Sankt Petersburg, 11. April 1913.

33 SASONOFF Schwere Jahre, S. 90 und S. 105.

34 Militärische Kreise in Wien waren dann auch sehr enttäuscht, als es diesmal wieder zu keiner militärischen Auseinandersetzung kam (BRETTNER-MESSLER Die Balkanpolitik, S. 212).

35 BayHStA, MA 2797/1: Grunelius an Bayerisches Ministerium des Äußeren, Sankt Petersburg, 6. Mai 1913.

36 BayHStA, MA 2797/1: Grunelius an Bayerisches Ministerium des Äußeren, Sankt Petersburg, 28. Februar 1913.

37 BayHStA, MA 2797/1: Hoffmann an Bayerisches Ministerium des Äußeren, Sankt Petersburg, 19. Juni 1913.

38 BayHStA, MA 2797/1: Hoffmann an Bayerisches Ministerium des Äußeren, Sankt Petersburg,

Balkan ein, um den Frieden in Europa nicht zu gefährden, und berief sich auf das freundschaftliche Verhältnis zwischen Rußland und Österreich. Diese Mission wurde, wie Grunelius beobachtete, von verschiedenen russischen Zeitungen als erfreuliches Zeichen und als „geste pacifique“³⁹ begrüßt.

Andererseits zog ein neuer Konflikt unter den südosteuropäischen Staaten, diesmal zwischen Bulgarien und Rumänien, weitere Kreise: Da Rumänien von Bulgarien vergeblich die Süddobrudscha mit der Stadt Silistra einforderte, drohte eine ultimative Forderung Bukarests, was „in allernächster Zeit zur Eröffnung von Feindseligkeiten“ zwischen diesen Staaten führen werde. Diese Erkenntnis gewann Grunelius aus einem Gespräch mit dem rumänischen Gesandten.⁴⁰ Die Angelegenheit wurde aber nicht wie die anderen Balkanfragen auf der Konferenz von London, sondern auf einer Konferenz der Botschafter der Großmächte in Sankt Petersburg vom 1. April bis 9. Mai 1913 aufs Tapet gebracht. Rußland fühlte sich in dieser Frage deshalb zur Vermittlung berufen, weil es 1902 einen Vertrag mit Bulgarien geschlossen hatte, in dem es die Integrität des bulgarischen Staatsterritoriums garantierte, das jetzt durch die Forderungen Rumäniens beschnitten werden sollte. Im Protokoll vom 9. Mai 1913 wurde Silistra mit Umland Rumänien zugesprochen, gleichsam als Belohnung dafür, daß es im Ersten Balkankrieg neutral geblieben war und (anders als später im Zweiten Balkankrieg) nicht eingegriffen hatte.⁴¹

Die panslavischen Kreise im Russischen Reich waren weiterhin darum bemüht, Serbien und Bulgarien ihre Verbundenheit mitzuteilen, indem sie wie am 30. März und am 6. April 1913 vor deren diplomatischen Vertretungen Demonstrationen für ihre Sache veranstalteten. Das Vordringen zu den Botschaften Österreich-Ungarns und Deutschlands wurde durch die Polizei verhindert, die sogar Peitschen einsetzte, was von der russischen Presse als unangebracht verurteilt wurde.⁴² Die gesamte Bewegung, die in einer Opposition vor allem der führenden Schichten gegen die Politik Sazonovs und des Kabinetts mündete, prägte in diesen Wochen die politische Öffentlichkeit in der russischen Hauptstadt. Die Regierung entschloß sich zu einem energischeren Durchgreifen, um die Unruhen einzudämmen. In den Straßen Petersburgs wurden Proklamationen angeschlagen, die alle Versammlungen und Manifestationen verboten sowie insbesondere Schülern und – wie bei den Ausschreitungen des Jahres 1905 – den Militärangehörigen die Teilnahme an solchen untersagte. Die Folge war, daß der Rücktritt Sazonovs und des Ministerpräsidenten Kokovcov in der Duma und von der Presse

19. Juni 1913.

39 British Documents on Foreign Affairs, S. 346: Der britische Gesandte in St. Petersburg an Sir Edward Grey, Sekretär für Auswärtige Angelegenheiten, 4. März 1914: Annual Report.

40 BayHStA, MA 2797/1: Grunelius an Bayerisches Ministerium des Äußeren, Sankt Petersburg, 13. Februar 1913.

41 BayHStA, MA 2797/1: Grunelius an Bayerisches Ministerium des Äußeren, Sankt Petersburg, 2. Mai 1913 (geht nur kurz auf die Petersburger Konferenz ein). Prinos, S. 53–55: Text des Petersburger Protokolls.

42 BayHStA, MA 2797/1: Grunelius an Bayerisches Ministerium des Äußeren, Sankt Petersburg, 10. April 1913.

wiederholt gefordert wurde. Dies und daneben das Postulat panslavischer Vereinigungen, eine den russischen und slavischen Interessen entsprechende Politik zu führen, illustrierte „einen starken Ansturm der reaktionären und der nationalen Kreise nicht nur gegen die Politik des gegenwärtigen Kabinetts, sondern auch gegen die Idee einer Entwicklung auf konstitutionellen Bahnen“, wobei „die panslavischen Agitationen im Grunde nur eine nebensächliche Rolle“ spielten, wie Grunelius schrieb.⁴³ Offenbar befürchtete die Regierung, sensibilisiert durch die revolutionären Ereignisse des Jahres 1905, daß als Nebenprodukt der panslavischen Propaganda während der Balkankriege auch eine allgemeine, gegen die russische Monarchie gerichtete Bewegung entstehen könne.

Die österreichischen und russischen Rüstungen während der Balkankriege

Auch wenn die Donaumonarchie und das Russische Reich immer wieder ihren Willen zu friedlichen Lösungen betonten, waren die militärischen Rüstungen und Truppenkonzentrationen, die der Zarenhof und der österreichische Kaiser angesichts der kriegerischen Auseinandersetzungen auf dem Balkan eingeleitet hatten, sichtbare Zeichen eines möglichen Konfliktes zwischen beiden Großmächten.⁴⁴ Rußland erklärte am 30. September 1912, in den Tagen, als die Balkanallianz gegen das Osmanische Reich mobil machte, es werde die Truppen des dritten Jahrganges im Oktober nicht entlassen, so daß es im Distrikt von Warschau zusätzliche 220.000 Soldaten unter Waffen hatte, außerdem würden weitere 50.000 Reservisten zu militärischen Übungen einberufen. Österreich-Ungarn reagierte mit der Stationierung von weiteren 16.400 Soldaten zu den in Bosnien-Herzegowina stehenden 40.000. Darüber hinaus versetzte man die Truppen in Galizien in Alarmzustand; ihre Anzahl von 57.000 wurde fast verdoppelt.⁴⁵

Diese österreichischen Truppenkonzentrationen vor der russischen Grenze, so Grunelius, machten der russischen Regierung die Einschränkung der eigenen militärischen Maßnahmen unmöglich, wie Ministerpräsident Kokovcov habe verlauten lassen. Obwohl auch die russische Presse wieder „mit chauvinistischem und nationalistischem Rüstzeug“ die „Stimmung scharf halte“, galt die Haltung von Kokovcov zugunsten einer Entspannung der Lage dennoch als fest, wozu auch die Entscheidung über die Besetzung der Position des Innenministers durch Maklakov, den bisherigen Gouverneur von Černigov, beitrug. Dazu kam noch, daß einer der „Hauptvertreter der kriegerischen Stimmung“, Großfürst Nikolaj Nikolaevič, neuerdings auffällig desinteressiert an militärischen Fragen sei. Er habe nämlich erfahren, daß er im Kriegsfall nicht, wie er wohl

43 BayHStA, MA 2797/1: Grunelius an Bayerisches Ministerium des Äußeren, Sankt Petersburg, 10. April 1913.

44 Dieser Aspekt ist in die Forschung über die Balkankriege bisher kaum einbezogen worden. Vgl. lediglich WILLIAMSON Military Dimension, S. 317–337.

45 WILLIAMSON Military Dimension, S. 317–321.

zuvor angenommen hatte, zum Oberkommandierenden der russischen Streitkräfte bestimmt sei.⁴⁶

In den weiteren Gesprächen über die österreichische Mobilmachung habe andererseits Graf Thurn der russischen Regierung mitgeteilt, daß sein Land mit Rücksicht auf die „noch ungeklärte Lage und namentlich auf das Verhalten Serbiens“ nicht auf die militärische Bereitschaft verzichten könne, es jedoch die weiterbestehende russische Mobilisierung nicht als feindselige Haltung Rußlands betrachte. Grunelius bestätigte dabei, daß Graf Thurn mit dieser in „freundlicher Weise gemachten Mitteilung“ wie überhaupt während der gesamten Balkankrise den „besten Eindruck“ gemacht habe.⁴⁷ Die österreichischen und russischen Planspiele mit ihren Truppen stellten also in der bayerischen Interpretation keine ernsthafte Bedrohung für den internationalen Frieden dar. Die Entlassung der russischen Reservisten wurde jedoch vorläufig verschoben.

Während der Skutari-Krise kam es zu Abrüstungsgesprächen. Am 12. März 1913 brachte die russische Presse endlich die Mitteilung über eine österreichische und russische Demobilisierung. In einem Nachsatz ließ das russische Informationsbüro berichten, daß Österreich-Ungarn, wie das Wiener Kabinett versichert habe, gegen seinen Nachbarn (Serbien) „gar keine aggressiven Ziele verfolge“.⁴⁸ Grunelius hielt dies für eine Adresse an diejenigen russischen Kreise, die ein starkes Eintreten Rußlands für die slavischen Balkanstaaten forderten.

Dennoch trat in der russischen Öffentlichkeit keine Beruhigung ein (am 17. März hatte die Regierung auch den Befehl zur Demobilisierung noch immer nicht ergehen lassen), was insbesondere darauf zurückzuführen war, daß die militärischen Maßnahmen Österreichs an der Grenze zu Serbien und Montenegro nicht reduziert waren. Wien hatte während der Demobilisierungsverhandlungen daran festgehalten, daß diese „der internen Sicherheit dienen und keine Mobilisierung gegen außen“ darstellten.⁴⁹

46 BayHStA, MA 2796: Grunelius an Bayerisches Ministerium des Äußeren, Sankt Petersburg, 30. Dezember 1912.

47 BayHStA, MA 2797/1: Grunelius an Bayerisches Ministerium des Äußeren, Sankt Petersburg, 8. Januar 1913.

48 Vinogradov zufolge plante Österreich noch im November 1912 – während der türkischen Niederlage – einen massiven Angriff auf dem Balkan, ließ aber im Dezember davon ab, weil es eine einheitliche Front der Balkanstaaten befürchtete, für die „Befreiungsbewegung“ in den südslavischen Gebieten Truppen bereithalten mußte und weil die Unterstützung durch die Verbündeten Deutschland, Italien und Rumänien (das sich bereits vom Dreibund weg in Richtung zur Entente löste) ausblieb – vgl. VINOGRADOV Osnovnye osobennosti, S. 16–19; VINOGRADOV Vnešnjaja politika, S. 17–20.

49 BayHStA, MA 2797/1: Grunelius an Bayerisches Ministerium des Äußeren, Sankt Petersburg, 17. März 1913.

Im April 1913 erhielt Petersburg sogar Nachricht über eine Verstärkung der österreichischen Truppen in Bosnien und über die Schließung der Grenze zu Montenegro.⁵⁰ Der Ausbruch des erneuten Krieges auf dem Balkan erlaubte Demobilisierungen noch nicht.

Der Zweite Balkankrieg (Juni bis Juli 1913)

Die schleppenden Verhandlungen über einen Friedensvertrag in London ließen die bayerischen Diplomaten bald zur Vermutung kommen, daß sich auf dem Balkan eine erneute Front aufbaute. Ihre Berichterstattung schlug wieder negative Töne an. Dafür, daß Serbien und Griechenland ein militärisches Abkommen gegen Bulgarien geschlossen hätten, lag Grunelius keine Bestätigung vor. (Es handelte sich dabei um die gegen Bulgarien gerichtete serbisch-griechische Militärallianz vom 1. Juni 1913; die russische Regierung besaß davon zwar Kenntnis,⁵¹ war aber offiziell nicht informiert worden.) Dennoch war Grunelius die zögernde Haltung dieser Länder aufgefallen, einen Präliminarfrieden in London abzuschließen, was er auf die russische Rückendeckung zurückführte. Die beiden Staaten befänden sich – wie richtig ausgeführt wird – in einer wesentlich günstigeren Verfassung als Bulgarien, dessen Kriegsoffer und militärischer Einsatz (Bulgarien trug die Hauptlast im Ersten Balkankrieg, da seine Truppen den Vormarsch auf Konstantinopel unternommen hatten) viel höher gewesen waren. Die „Gefahr neuer Verwicklungen auf dem Balkan“ gehe auch davon aus, daß sich Rußland auf die Seite Griechenlands stelle und dessen Forderungen unterstütze.⁵² Damit bezog sich Grunelius wohl auf die Forderungen Athens, die Großmächte sollten Griechenland das von griechischen wie von bulgarischen Truppen besetzte Saloniki zuerkennen.

Angesichts der akuten Konfliktsituation besann sich der russische Zar auf seine Aufgabe als Schiedsrichter, die ihm im serbisch-bulgarischen Freundschafts- und Bündnisvertrag vom 13. März 1912 (einer der den Balkanbund begründenden Verträge) eingeräumt worden war. Er schlug daher in einem Telegramm ein Treffen der Balkanregierungen in Petersburg vor, das eine friedliche Entwicklung in die Wege leiten solle.⁵³ Allerdings mußten die Petersburger Regierungskreise das ablehnende Antworttelegramm des bulgarischen Königs sehr „erstaunt“ zur Kenntnis nehmen, das die Rußland zukommende Schiedsrichterrolle „bedeutend erschwere“, wohingegen man sich über die positive serbische Antwort befriedigt zeigte. (Der jeweilige Wortlaut der Telegramme wurde nicht nach München mitgeteilt.) Kokovcov äußerte sich daraufhin zuversichtlich und

50 Archiv Vnešnej Politiki Rossii, Moskau: Politarchiv. Missija v Belgrade g. 1913, delo 140, fol. 647: Geheimtelegramm Nr. 57 des russischen Gesandten von Giers aus Wien, 8./21. April 1913.

51 Vgl. Sbornik diplomatičeskich dokumentov, Nr. 140, S. 98–99: Telegramm von Sazonov an die russischen Gesandten in Belgrad und Athen vom 4. April 1913.

52 BayHStA, MA 2797/1: Grunelius an Bayerisches Ministerium des Äußeren, Sankt Petersburg, 30. März 1913.

53 Sbornik diplomatičeskich dokumentov, Nr. 209, S. 255–256: Telegramm von Nikolaus II. (26. Mai / 8. Juni 1913).

bezeichnete es als am wichtigsten, daß die Balkanstaaten ihre Vertreter auf eine Konferenz nach Petersburg entsenden würden; hätte man sie erst einmal hier, so würde sich schon „mit dem nötigen Nachdruck ein *modus vivendi* finden“. Dennoch traf Hoffmann auch die Meinung an, daß ein zu schließender Frieden auf dem Balkan nur kurze Zeit währen würde. Man ging außerdem in Verkennung der militärischen Erschöpfung Bulgariens während des Ersten Balkankrieges davon aus, daß die bulgarischen Truppen den Serben in einem weiteren Krieg überlegen sein würden, selbst wenn letztere griechische Unterstützung hätten.⁵⁴

Die russische Vermittlung scheiterte aber, eine Konferenz in Petersburg kam nicht mehr zustande, denn in der Nacht vom 29. zum 30. Juni 1913 leiteten die bulgarischen Truppen einen erneuten Großangriff auf die bisherigen Verbündeten Serbien und Griechenland ein. Diese waren jedoch darauf vorbereitet und konnten ihn schnell zum Stillstand bringen. Mit der Wiederaufnahme der Kriegshandlungen hatte Bulgarien, so Grunelius, in Rußland bei Presse und Allgemeinheit sämtliche Sympathien eingebüßt. Allgemein nehme man an, daß der bulgarische König Ferdinand keinen Einfluß mehr auf die politischen Geschicke seines Landes besitze und die Parteiführer in Sofija die Regierung an sich gerissen hätten. Angesichts der bald offenkundigen militärischen Schwäche des bulgarischen Heeres erwartete man zuversichtlich ein Ende des Zweiten Balkankrieges, was auch in einem stabilen Stand der russischen Börse zum Ausdruck kam.⁵⁵

Das tatsächliche Ende des Krieges folgte Ende Juli nach dem Zusammenbruch Bulgariens, das den serbischen und griechischen Truppen in Makedonien und Thessalien, dem türkischen Vormarsch in Thrakien und der rumänischen Armee, die die Donau überschritt und auf bulgarisches Gebiet einmarschierte, nichts mehr entgegenzusetzen hatte. Diese Situation brachte Rußland, wie Grunelius formulierte, nun gleichsam in die „Lage des Zauberlehrlings, der die Geister, die er rief, nicht mehr meistern konnte“. Hatte Rußland zuvor durch die Billigung des rumänischen Eingreifens in den Zweiten Balkankrieg die serbische und griechische Aktion sowie das türkische Vordringen nach Westen gefördert, so mußte es jetzt darauf dringen, daß diese Staaten kein Übergewicht an Territorium und Macht auf dem Balkan erhielten. Mit dieser Überlegung setzte sich Rußland auf der im August 1913 in Bukarest abgehaltenen Friedenskonferenz dafür ein, die umstrittene Hafenstadt Kavala an der Ägäis an Bulgarien und nicht an Griechenland zu geben.⁵⁶ Damit riskierte Sankt Petersburg sogar Mißstimmigkeiten mit seinem Verbündeten Frankreich. Dieses erreichte aber, daß die Stadt im Friedensvertrag von Bukarest vom 10. August 1913 Griechenland zugesprochen wurde. Rußland mußte sich damit abfinden.

54 BayHStA, MA 2797/1: Hoffmann an Bayerisches Ministerium des Äußeren, Sankt Petersburg, 18. Juni 1913. Zum Vermittlungsversuch von Nikolaus II. vgl. Pršić Spoljašnja politika, S. 156.

55 BayHStA, MA 2797/1: Grunelius an Bayerisches Ministerium des Äußeren, Sankt Petersburg, 11. Juli 1913.

56 Zur Diskussion über die Zugehörigkeit Kavalas vgl. RADEV Konferencijata, S. 68–79.

Den Widerspruch Englands rief auch der russische Plan hervor, militärisch gegen die Türkei vorzugehen, um Adrianopel, das im Ersten Balkankrieg von bulgarischen Truppen besetzt, aber im September 1913, also nach der Konferenz von Bukarest, von den Türken zurückerobert wurde, zu entsetzen. Rußland dränge zudem weiter auf ein militärisches Vorgehen gegen Konstantinopel, um zu verhindern, daß die Türken ihre erklärte Absicht wahr machten, nämlich weiter in die neubulgarischen (=thrakischen) Gebiete vorzürücken.⁵⁷ In den Augen von Grunelius lag daher die nächste drohende Gefahr in einem russischen Angriff auf die Türkei, die Adrianopel nicht freiwillig wieder räumen würde, auch nicht gegen Kompensationen wie eine Erhöhung der Zölle oder eine Erweiterung der in London fixierten Grenzen.⁵⁸ Die Pforte war jedoch im September 1913 zu einem Kompromiß bereit – sie zog sich zwar aus einem Teil Thrakiens wieder zurück, behielt dafür aber Adrianopel –, so daß eine militärische Konfrontation vorläufig ausblieb.

Die Balkankrise der Jahre 1912 und 1913, ausgelöst durch die von den Balkanstaaten und der Türkei geführten Kriege, war wegen der in enger diplomatischer Verbindung stehenden Großmächte zu keinem Konflikt auf europäischer Ebene angewachsen. Dieser sollte erst folgen, als der österreichisch-serbische Gegensatz nach dem Attentat von Sarajevo keine diplomatische Brücke mehr zuließ.

In den bayerischen Berichten zur Balkankrise fanden die Kriegsvorgänge selbst kaum Erwähnung, da den Diplomaten darüber nur wenige Informationen aus erster Hand zugänglich waren. Für den Münchner Hof dürfte auch wichtiger gewesen sein, wie sich die Politik der Großmacht Rußland in dieser Zeit verhielt, da sich dadurch – wie auch immer geartete – Konsequenzen für Wien und dessen Dreibundpartner Deutschland ergaben. Den bayerischen Gesandten ist anzurechnen, daß sie ein differenziertes Bild von den Meinungsträgern in Sankt Petersburg entwarfen. Die Berichte führten nämlich sowohl die Haltung der Regierung, des Zaren und einzelner Minister einerseits als auch die Positionen der politischen Öffentlichkeit (Slavenkomitees, Presse) andererseits an. So wurde deutlich, daß die offizielle Regierungshaltung mit dem Ziel, einen Krieg mit Österreich-Ungarn noch zu vermeiden, einen deutlich gemäßigeren und vorsichtigeren Kurs gegenüber den Vorgängen auf dem Balkan verfolgte als beispielsweise panslavische Kreise. Diese forderten vehement die militärische Unterstützung für die christlichen Balkanvölker, was eine kriegerische Auseinandersetzung mit der Donaumonarchie nach sich gezogen hätte (wie es im Ersten Weltkrieg schließlich eintrat). Immer wieder betonten die Bayern die friedlichen Absichten des Zarenhofes und dessen gute Beziehungen zu Wien. Es wird deutlich, daß Petersburg in einigen Punkten sogar zu Ungunsten seines Schutzstaates Serbiens nachgab, um vorläufig keinen größeren Konflikt mit der Donaumonarchie zu provozieren.

57 BayHStA, MA 2797/1: Grunelius an Bayerisches Ministerium des Äußeren, Sankt Petersburg, 22. August 1913.

58 BayHStA, MA 2797/1: Grunelius an Bayerisches Ministerium des Äußeren, Sankt Petersburg, 6. August 1913.

Eine wichtige Rolle im politischen Geschehen spielte auch die allgemeine Atmosphäre, die „Stimmung“, wie sie von den diplomatischen Beobachtern aufgefangen und geschildert wurde. Offensichtlich sind sie sich darüber im klaren gewesen, daß Erscheinungen und Handlungen in der Politik nicht immer völlig logisch und rational begründbar sind.

Eigenmächtige Aktionen, wie sie vom russischen Botschafter in Belgrad, Nikolaus Hartwig, bekannt waren, der erheblichen Einfluß auf die Außenpolitik seines Einsatzlandes Serbien ausübte, erlaubten sich die Bayern, politisch loyal auf der Linie Berlins, nicht; dies lag freilich auch nicht in ihrer Macht. Ihre Aufgabe bestand allein darin, die russische Szene zu beobachten und zu beschreiben. Insgesamt vermitteln die relativ kurzen, handschriftlichen Berichte nach München ausgewogene Eindrücke von den Vorgängen in der russischen Hauptstadt und von der außenpolitischen Haltung des Russischen Reiches. Viele dieser Aussagen finden sich in zeitgenössischen Berichten diplomatischer Kollegen sowie in der späteren Geschichtsschreibung bestätigt.

Literaturverzeichnis

- Armenskata rota Armenskata dobrovolčeska rota v balkanskata vojna. 1912–1913 g. Sofija 1989.
- Bayerische Dokumente Bayerische Dokumente zum Kriegausbruch und zum Versailler Schuldspruch. Hrsg. von P. Dirr im Auftrage des Bayerischen Landtages. München, Berlin 1922.
- BENZ Bayerische Auslandsbeziehungen WOLFGANG BENZ Bayerische Auslandsbeziehungen im 20. Jahrhundert. Das Ende der auswärtigen Gesandtschaften Bayerns nach dem I. Weltkrieg, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte, 32, 1969, S. 962–994.
- BOECKH Von den Balkankriegen KATRIN BOECKH Von den Balkankriegen zum Ersten Weltkrieg. Kleinstaatenpolitik und ethnische Selbstbestimmung auf dem Balkan. München 1996.
- BOECKH Rußland und die Balkanstaaten KATRIN BOECKH Rußland und die Balkanstaaten am Vorabend des Ersten Weltkrieges, in: Südost-Forschungen, 55, 1996, S. 287–310.
- BOGHITSCHEWITSCH Kriegaursachen MILOŠ BOGHITSCHEWITSCH [MILOŠ BOGIČEVIĆ] Kriegaursachen. Zürich 1919.
- BRETTNER-MESSLER Die Balkanpolitik HORST BRETTNER-MESSLER Die Balkanpolitik Conrad v. Hötzendorfs von seiner Wiederernennung zum Chef des Generalstabes bis zum Oktober-Ultimatum 1913, in: Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs, 20, 1967, S. 180–276.
- British Documents on Foreign Affairs British Documents on Foreign Affairs. Part 1. From the mid-nineteenth century to the First World War. Series A. Russia, 1859–1914. Vol. 6. Russia, 1910–1914. Frederick 1983.

- BUSLEY Quellen HERMANN-JOSEPH BUSLEY Quellen zur Geschichte der Balkanländer im Bayerischen Hauptstaatsarchiv (BayHStA), in: Les documents diplomatiques, importante source des études balkaniques. Actes de la Conférence scientifique internationale Tutzing-Munich, 4–6 mai 1986. Roma 1988, S. 27–31.
- CHVOSTOV Diplomacija V.M. CHVOSTOV Diplomacija v novoe vremja 1871–1914, in: Istorija diplomatii. Tom 2. Moskva 1963, S. 734–759.
- Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911–1914. Aus den Geheimakten der Russischen Staatsarchive. Hrsg. von Friedrich Stieve. Zweiter Band. Der Tripoliskrieg und der Erste Balkankrieg. Berlin 1925.
- FERENCZI Außenpolitik CASPAR FERENCZI Außenpolitik und Öffentlichkeit in Rußland 1906–1912. Husum 1982.
- HANTSCH Berchtold HUGO HANTSCH Leopold Graf Berchtold. Grandseigneur und Staatsmann. Bd. 1–2. Graz, Wien, Köln 1963.
- HELMREICH The Diplomacy ERNST CHRISTIAN HELMREICH The Diplomacy of the Balkan Wars, 1912–1913. Cambridge, Mass. 1938.
- KATSIADAKIS Greece and the Balkan Imbroglia HELEN GARDIKAS KATSIADAKIS Greece and the Balkan Imbroglia. Greek Foreign Policy, 1911–1913. Athens 1995.
- KOS Die politischen und wirtschaftlichen Interessen FRANZ-JOSEF KOS Die politischen und wirtschaftlichen Interessen Österreich-Ungarns und Deutschlands in Südosteuropa 1913/13. Die Adriaahafen-, die Saloniki- und die Kavallafrage. Wien, Köln, Weimar 1996.
- KUJUMDŽIEV Diplomatičeska i materialna podkrepa BORIS P. KUJUMDŽIEV Diplomatičeska i materialna podkrepa ot Rusija na Bălgarija vo vreme na Balkanskata vojna 1912–1913 g. Ruski dobrovolci i projavena chrabrost ot tjach. Sofija 1968.
- MARCO Hartvig MARCO [B. SIMIČ] Nikola Hartvig. (Spoljna politika Srbije pred Svetski Rat), in: Nova Evropa, 17 (8), 1928, S. 256–278.
- MARKOV Bălgarija v balkanskija săjuz GEORGI MARKOV Bălgarija v balkanskija săjuz sreštu Osmanskata imperija 1912–1913. Sofija 1989.
- PAVLOVIĆ Opsada Skadra ŽIVKO G. PAVLOVIĆ Opsada Skadra 1912–1913. (Prilog istoriji prvog balkanskog rata). Beograd 1926.
- PISAREV Velikie deržavy JU.A. PISAREV Velikie deržavy i Balkany nakanune pervoj mirovoj vojny. Moskva 1985.
- POPOV Diplomatičeskaja podgotovka A.L. POPOV Diplomatičeskaja podgotovka Balkanskoj vojny 1912 g., in: Krasnyj Archiv, 1 (8), 1925, S. 3–48; 2 (9), 1925, S. 3–31.
- Prinos Prinos kăm diplomatičeskata istorija na Bălgarija 1878–1925. Dogovori, konvencii, spogodbi, protokoli i drugi săglašenija i diplomatičeski aktove. Izd. B. Kesjakov. Sofija 1925.
- PRŠIĆ Spoljašnja politika Prvi balkanski rat ILJA PRŠIĆ Spoljašnja politika Srbije (1804–1914). Beograd 1939. Prvi balkanski rat 1912–1913. (Operacije srpske vojske). Prva knjiga. Beograd 1959.
- RADEV Konferencijata SIMEON RADEV Konferencijata v Bukurešt i Bukureštikjat mir ot 1913 g. Memoari. Părvo izdanie. Sofija 1992.

- RATKOVIĆ Prvi balkanski rat 1912–1913
BORISLAV RATKOVIĆ Prvi balkanski rat 1912–1913. Druga knjiga. Beograd 1975.
- ROSSOS Rusija i Balkan
ANDREW ROSSOS Rusija i Balkan. Međubalkanska rivalstva i ruska vanjska politika 1908–1914. Zagreb 1992.
- SASONOFF Schwere Jahre
S.D. SASONOFF Sechs schwere Jahre. Berlin 1927.
- Sbornik diplomatskih dokumentov
Sbornik diplomatskih dokumentov kasajuščichsja sobytij na Balkanskom poluostrove (avgust 1912 – ijul' 1913). St.-Peterburg 1914.
- THADEN Russia
EDWARD C. THADEN Russia and the Balkan Alliance of 1912. Pennsylvania 1965.
- TROTZKI Die Balkankriege
LEO TROTZKI Die Balkankriege 1912–13. Essen 1996.
- VINOGRADOV Vnešnjaja politika
K.B. VINOGRADOV Vnešnjaja politika i diplomatija Avstro-Vengrii v načale Balkanskich vojn (oktjabr' 1912 – janvar' 1913 g.). Avto-ref. diss. kand. ist. nauk. Leningrad 1953.
- VINOGRADOV Osnovnye osobennosti
K.B. VINOGRADOV Osnovnye osobennosti politiki Avstro-Vengrii na Balkanach v 1909–1913 gg. Moskva 1966.
- Vostočnyj vopros
Vostočnyj vopros vo vnešnej politike Rossii. Konec XVIII – načalo XX v. Moskva 1978.
- WILLIAMSON Military Dimension
SAMUEL R. WILLIAMSON Military Dimension of Habsburg-Romanov Relations During the Era of the Balkan Wars, in: Béla K. Király, Dimitrije Djordjević (Eds.): East Central European Society and the Balkan Wars. New York 1987, S. 317–337.

WŁODZIMIERZ MĘDRZECKI

Bayerische Truppenteile in der Ukraine im Jahr 1918

Die Frage der militärischen Intervention der Mittelmächte in der Ukraine 1918 wurde zwar in der Literatur bereits breit besprochen, ist aber weder zu Ende erforscht noch abschließend bewertet.¹ Formal gesehen marschierten die deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen nach Abschluß des Friedensvertrags vom 9. Februar 1918 in die Ukraine ein, aufgrund eines Hilferufs der legalen staatlichen Organe der Ukrainischen Volksrepublik, welche nicht imstande waren, eine Kampffront gegen die bolschewistische Offensive aufzustellen. Sie waren also Verbündete, und die deutschen politischen und militärischen Instanzen bekundeten oft den Willen zur Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Ukraine. Angesichts einer Situation jedoch, in der es praktisch keinen ukrainischen Staatsapparat, keine reguläre Armee und keine wirksame Polizei gab, wurden die deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen vom ersten Tag ihrer Anwesenheit in der Ukraine an zu einem wichtigen politischen und militärischen Machtfaktor.

Darüber hinaus begannen die Deutschen, enttäuscht von der Innenpolitik und der Nichteinhaltung der Vertragsverpflichtungen durch die Behörden der Ukrainischen Volksrepublik, die völlige Kontrolle über den ukrainischen Staatsapparat zu übernehmen. In großem Maße wurde der Staatsstreich von Pavlo Skoropads'kyj Ende April – Anfang Mai 1918 von ihnen inspiriert und unmittelbar unterstützt. Skoropads'kyj proklamierte sich zum Hetman der Ukraine und übernahm die volle legislative und exekutive Gewalt.² Nach diesem Ereignis wuchs die Einflußnahme der deutschen Behörden auf den Lauf der ukrainischen Angelegenheiten in noch größerem Maß. Die meisten Historiker sprechen von einer faktischen Besetzung der Ukraine durch die Truppen der Mittelmächte.

Die Einstellung der örtlichen Bevölkerung zu den Deutschen war differenziert. Meistens sah man in ihnen die Gegner in dem seit einigen Jahren geführten Krieg. Ihr Einmarsch in das Gebiet der Ukraine wurde als sichtbarer Ausdruck der Niederlage Rußlands empfunden. Die Vertreter der wohlhabenden und gebildeten Schichten (zum großen Teil Russen, Polen und Juden), obwohl politisch in der Regel entschieden nach Frankreich und England orientiert, begrüßten den Einmarsch der Mittelmächte als Rettung vor der

¹ Unter den dieser Frage gewidmeten Arbeiten sind folgende anzuführen: BOROWSKY Deutsche Ukrainepolitik; BAUMGART General Groener; BEYER Die Mittelmächte und die Ukraine; TYČYNA Borot'ba proty nimec'kych okupantiv; HOFFMANN The Ukrainian Adventure. Die angeführten Publikationen enthalten eine Charakterisierung der Quellen, der Aktenpublikationen und der Literatur sowie des aktuellen Forschungsstandes.

² STENZEL Der Sturz der ukrainischen Rada-Regierung, S. 41–49.